

Strassenmagazin Nr. 423
20. April bis 3. Mai 2018

CHF 6.- davon gehen **CHF 3.-**
an die Verkaufenden



Bitte kaufen Sie nur bei Verkaufenden
mit offiziellem Verkaufspass

SURPRISE

Sozialabbau

Dagegen

SP-Nationalrätin Silvia Schenker über
realitätsfremde Bürgerliche, zögerliche Linke
und das neue Observationsgesetz

Seite 8





«Die Sparer blenden die Lebensrealität anderer komplett aus»

Sozialpolitik Nationalrätin Silvia Schenker (SP) kritisiert die Kürzungen im Sozialbereich und kämpft gegen das neue Observationsgesetz.

INTERVIEW **GEORG GINDELY** FOTOS **LUCIAN HUNZIKER**

Das Schweizer Sozialsystem ist unter Beschuss. Immer mehr Kantone beginnen, bei der Sozialhilfe zu kürzen und die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) zu unterschreiten. Vor Kurzem hat der Kanton Bern eine Senkung von 8 Prozent beschlossen, bei bestimmten Gruppen wie jungen Erwachsenen beträgt die Kürzung bis zu 30 Prozent. Andere Kantone haben ebenfalls bereits gespart oder stehen kurz davor (siehe Übersicht auf den Seiten 12 und 13).

Auf nationaler Ebene geht das Kürzen bei den Schwachen weiter: Bei den Ergänzungsleistungen zum Beispiel wollen die bürgerlichen Parteien in Zukunft 700 Millionen Franken sparen. Das hat die Mehrheit des Nationalrats in der Frühjahrssession beschlossen, die Schlussabstimmung steht noch aus. Bereits verabschiedet haben die Räte ein neues Observationsgesetz gegen Sozialversicherungsbetrug, das den privaten Ermittlern mehr Befugnisse gibt als der Polizei. Im Sommer steht eine erneute Revision der Invalidenversicherung auf der Traktandenkiste des Parlaments. SVP und FDP haben angekündigt, weitere Kürzungen vorzunehmen, nachdem bereits bei den früheren Revisionen der IV gespart wurde.

SP-Nationalrätin Silvia Schenker, 64, ist seit 2003 Mitglied des Parlaments und hat den Wandel in der Sozialpolitik an vorderster Front miterlebt. Nicht nur als Politikerin übrigens: Schenker arbeitet als Sozialarbeiterin bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB in der Stadt Basel.

Frau Schenker, Sie sitzen seit 15 Jahren als Sozialpolitikerin der SP im Parlament und fahren Niederlage um Niederlage ein: Die Bürgerlichen sparen bei der Invalidenversicherung, der Sozialhilfe und den Ergänzungsleistungen. Wie frustriert sind Sie?

Ich bin nicht frustriert, aber sehr besorgt. Als Sozialarbeiterin bin ich mit vielen Menschen in Kontakt, die direkt von den Beschlüssen des Parlaments betroffen sind. Ich weiss, mit wie wenig Geld sie bereits jetzt auskommen müssen, wie schwierig ihre Situation ist und welche verheerenden Auswirkungen dies auf ihre Würde und ihr Selbstwertgefühl hat. Das motiviert mich, alle Kämpfe auszufechten, auch aussichtslos oder fast aussichtslos.

Weshalb kommen die Bezügerinnen und Bezüger von Sozialleistungen im Moment so unter Druck?

Bei den Bürgerlichen dreht sich alles um das Wort «Selbstverantwortung». Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, macht ihrer Ansicht nach etwas falsch. Der Begriff «Fürsorge» wird immer negativer besetzt, dabei ist Fürsorge etwas sehr Positives.

Weshalb?

Fürsorge heisst, dass man für jemanden sorgt. Man ist solidarisch, teilt und nimmt Anteil am Leben von Menschen, denen es nicht so gut geht. Aber heute ist das Teilen bei vielen Menschen kein Thema. Das Umverteilen ist den Bürgerlichen ein grosser Dorn im Auge. Das ist mir bei der Diskussion über die Rentenreform aufgefallen.

Dort war die berufliche Vorsorge aus deren Sicht immer das gute System, weil da jeder für sich spart und sein Kässeli füllt. Die AHV hingegen ist der Inbegriff der Umverteilung, weil das Geld von den Reichen zu den Armen und von den Jungen zu den Alten fliesst. Und das passt den Bürgerlichen gar nicht.

Hat die Solidarität nur bei den Politikern abgenommen oder in der ganzen Gesellschaft?

Ich glaube schon, dass die Solidarität in der Tendenz abnimmt. Das sieht man, wenn man schaut, wie sich in den letzten Jahren der Blick auf Sozialhilfe- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger verändert hat. Begonnen hat es, als die SVP den Begriff «Scheininvaliden» prägte. Diese Propaganda zeigte bereits bei der folgenden IV-Revision Wirkung, und diese Wirkung hat sich seither noch verstärkt. Das Misstrauen gegenüber IV-Bezügerinnen gipfelt nun in der Observationsvorlage, die beide Räte eben verabschiedet haben.

Zu den Scheininvaliden kamen die Sozialschmarotzer. Sozialschmarotzer sind laut der SVP Menschen, die bequem vom Staat leben. Das ist eine Sichtweise, die mittlerweile von der FDP und anderen bürgerlichen Parteien übernommen wurde. Ich finde sie erschreckend.

Weshalb?

Weil diese Sichtweise weit weg ist von der Lebensrealität der Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen kein oder nur ein sehr tiefes Einkommen generieren. Die

Working Poor zum Beispiel: Die gibt es in der Schweiz, aber von ihnen ist nie die Rede. Dabei machen sie genau das, was die Bürgerlichen wollen: Sie arbeiten. Aber sie müssen dennoch Sozialhilfe beziehen, weil das Gehalt nirgends hinreicht.

Weshalb wird über diese Realität nicht gesprochen?

Weil die Menschen, welche die Kürzungen beschliessen, die Lebensrealität von anderen komplett ausblenden. Sie sehen nur das Umfeld, das sie kennen und in dem sie sich bewegen. Und in diesem Umfeld gilt: Wer etwas erreichen will, der schafft es auch.

Sehen Sie das anders?

Ja, die Voraussetzungen sind nicht für alle gleich. Das beginnt schon ganz früh: Kinder von Sozialhilfebezügern haben ein viel grösseres Risiko, ebenfalls von der Sozialhilfe abhängig zu werden, weil viele von ihnen weniger gute Startbedingungen haben, was die Bildung betrifft. Heute beziehen auch viele Menschen mit Suchtproblemen oder psychischen Beeinträchtigungen Sozialhilfe, weil sie nicht oder nicht mehr IV-berechtigt sind. Oder denken Sie an ältere, ausgesteuerte Arbeitslose, die sich jahrelang erfolglos um eine neue Stelle bemüht haben. Dass man es diesen Menschen anlastet, dass sie es nicht aus der Sozialhilfe hinausschaffen, ist verheerend, weil es sie zusätzlich stigmatisiert und entwertet.

Bürgerliche Politiker, zum Beispiel der Berner SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg, sagen, dass es stossend sei, wenn Sozialhilfebezügler mehr Geld erhalten als Menschen, die arbeiten. Das sei in unserem System heute der Fall. Finden Sie das nicht auch störend?

Die Aussage von Herrn Schnegg bestreite ich. Es ist heute so: Wenn man arbeitet, aber mit seinem Lohn das Existenzminimum nicht erreicht, kann man Sozialhilfe beantragen. Das machen viele Working Poor. Was die Aussage zeigt, ist, wie die Bürgerlichen einen Keil zwischen die ganz Armen und die etwas weniger Armen treiben wollen. Sie schüren Neid.

Aber man kann doch neidisch sein auf die Sozialhilfebezügler, die Geld vom Staat bekommen, ohne zu arbeiten.

Ich bin überhaupt nicht neidisch auf Sozialhilfebezügler. Die ganze Debatte weckt den Eindruck, es sei eine Strafe, arbeiten

Silvia Schenker
am Rheinsprung
in Basel.



zu müssen. Das stimmt für den grösseren Teil der Arbeitnehmenden nicht. Die bürgerlichen Politikerinnen und Politiker, die das behaupten, arbeiten alle gerne, und auch ich arbeite in einem Beruf, der mir Freude macht. Das empfinde ich als Privileg. Die Menschen, denen ich als Sozialarbeiterin begegne, wollen ebenfalls arbeiten. Sie finden es überhaupt nicht toll, keinen Job zu haben, sondern suchen eine Beschäftigung. Viele von ihnen engagieren sich deshalb freiwillig.

Können Sie den Neid nicht verstehen?

Nein, ganz und gar nicht. Aus meinem Beruf weiss ich, dass man als Sozialhilfebezügler nicht einfach so Geld bekommt. Man muss seine finanzielle Situation offenlegen und für jede Ausgabe, die man tätigt, Quittungen einreichen. Das ist demütigend und mit ein Grund, weshalb viele Menschen, die eigentlich Anrecht auf Sozialhilfe hätten, keine beantragen. Diejenigen, die Sozialhilfe beziehen, leben mit einem Mini-

mum an Geld. Der Mindestbetrag für den Grundbedarf beträgt im Moment laut SKOS-Richtlinien 986 Franken pro Monat und deckt viele Sachen nicht ab, die wir als völlig selbstverständlich erachten. Sie und ich können einfach einen Kaffee trinken gehen, wenn wir am Samstag in der Stadt sind. Diese Menschen können das nicht tun. Sie müssen sich jedes Mal genau überlegen, was sie sich leisten können.

Ist das die Erfahrung, die Sie als Sozialarbeiterin machen?

Ich machte sie auch selbst. Als ich als alleinerziehende Mutter die Matura nachholte, musste ich eine Weile lang mit sehr wenig Geld auskommen. Ich habe erlebt, wie viel Stress es verursacht, wenn die Rechnung der Billag im Briefkasten liegt oder die Prämie der Hausratsversicherung. Oder dann war ich mit Freunden unterwegs, die sagten, komm, wir gehen etwas trinken – und ich konnte nicht mitgehen. Ich wusste damals, dass ich auf ein Ziel

hinarbeite und diese Zeit begrenzt ist, da nimmt man das in Kauf. Aber wenn es ein Dauerzustand ist und keine Aussicht auf Besserung besteht, dann ist das eine schreckliche Situation. Wenn man solche Sachen erlebt hat, kann man nicht nachvollziehen, wie da Neid aufkommen kann. Und ich kann noch viel weniger nachvollziehen, wie Bürgerliche in Bern und im Aargau mit solcher Härte und Kälte sagen können: Es ist tolerabel, beim Grundbedarf 8 oder sogar 30 Prozent zurückzugehen.

Missbrauchsfälle stören Sie nicht?

Doch, natürlich, und wie die mich ärgern! Weil dadurch genau das geschieht, was jetzt passiert: Dass man wegen einiger weniger Fälle einen solchen Überwachungsapparat aufbaut und es zulässt, dass Unschuldige, die ihre Leistungen völlig zu Recht beziehen, unter Generalverdacht stehen und observiert werden können. Missbrauch gibt es überall: Es gibt Leute, die bei ihrer Mobiliarversicherung tricksen, es gibt Steuerhinterziehung, und ich finde es auch in diesen Fällen sehr störend. Ich finde es sehr unehrlich, wenn die Bürgerlichen bei den Sozialhilfe- und IV-Bezügern so hart einfahren und bei anderen, gerade bei Steuerdelinquenten, viel grosszügiger sind und Amnestien erlassen. Den einen rollt man quasi den roten Teppich aus und den anderen hetzt man Detektive hinterher.

Hat die Linke nicht auch Fehler gemacht, dass sich die von der SVP geprägten Begriffe so in den Köpfen der Menschen festsetzen konnten?

Wahrscheinlich haben wir zum Teil die Auseinandersetzung zu sehr gescheut. Ich finde es zum Beispiel einen Fehler, dass die SP das Referendum gegen das Observationsgesetz nicht selbst ergreift. Bei sozialpolitischen Fragen, bei denen es um so

Grundsätzliches geht wie bei dieser Vorlage, müssen wir meines Erachtens Stellung beziehen, auch wenn es vielleicht sehr schwierig wird, den Kampf zu gewinnen.

Warum wird es schwierig?

Weil es die Gegenseite sehr einfach hat. Sie braucht nur zwei, drei stossende Einzelfälle zu präsentieren, und dann ist die Empörung da. Dass es solche Fälle wirklich gibt, habe ich nie bestritten. Aber es sind sehr wenige: Die Missbrauchsquote bei der IV liegt bei 0,3 Prozent, das sind 650 Fälle auf 220 000 Bezügerinnen und Bezüger. Das neue Gesetz ist weder verfassungskonform noch respektiert es die Privatsphäre der Menschen. Das kann man aber nicht so einfach ins Bild setzen wie die Missbrauchsfälle. Dennoch glaube ich, dass wir sehr gute Argumente haben. Ich bin froh, hat nun eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern das Referendum angestossen, und ich bin froh, dass die SP das Vorhaben mittlerweile unterstützt.

Gibt es andere Beispiele, wo sich die Linke zu wenig gewehrt hat?

Wir wehren uns eigentlich immer, aber die Bürgerlichen haben nun einmal die Mehrheit im Parlament. Bei den meisten Vorlagen geben sie uns ein Zückerchen, damit wir mit an Bord sind, auch wenn wir gleichzeitig viele Kröten schlucken müssen. In der IV-Revision 6a zum Beispiel legten die Bürgerlichen fest, dass Menschen mit sogenannten somatoformen Schmerzstörungen keinen Anspruch auf eine IV-Rente mehr haben. Dabei handelt es sich um Schmerzen, bei denen keine genaue körperliche Ursache gefunden werden kann, etwa Schleudertraumata. Ich fand das sehr problematisch. Gleichzeitig wurden aber auch die Assistenzbeiträge in die Vorlage genommen, die wir schon lange gefordert hatten. Sie ermöglichen es Menschen mit

einer Behinderung, selbstbestimmt leben und wohnen zu können. Das führte dazu, dass vor allem die Behindertenorganisationen fanden, die Gesamtbilanz sei immer noch positiv. Deshalb gab es kein Referendum. Das Problem bei solchen Vorlagen und Verschlechterungen ist ja meist, dass die Betroffenen keine Lobby haben. Wer setzt sich, abgesehen von ein paar engagierten Anwälten, schon für Menschen mit derartigen Schmerzstörungen ein?

Bei Steuersenkungen für Reiche finden die Bürgerlichen oft auch im Volk eine Mehrheit. Eine Begründung dafür ist, dass die Stimmenden hoffen, selbst einmal davon profitieren zu können. Wieso funktioniert dieser Mechanismus umgekehrt nicht? Jeder kann doch IV-Bezüger werden.

Viele Menschen glauben, dass es sie nicht treffen kann. Es gibt diesbezüglich eine interessante Hierarchie der Sozialversicherungen. Die AHV ist die Sozialversicherung, von der die Leute wissen, dass sie sie irgendwann beziehen werden. Die AHV betrifft also alle, weshalb Kürzungen dort sehr schwierig durchzubringen sind. Bei der Arbeitslosenversicherung war auch einmal ein massiver Abbau geplant, den wir mit einem Referendum verhindern konnten. Das hat sicher damit zu tun, dass den meisten Menschen heute bewusst ist, dass auch sie ihre Stelle verlieren könnten. Bei der IV ist es anders. Dort gibt es wirklich das Phänomen, dass viele Menschen komplett ausblenden, dass sie auch einmal invalid werden könnten.

Welche politische Niederlage hat Sie in den letzten Jahren am meisten geschmerzt?

Die Ablehnung der AHV-Revision durch das Volk. Natürlich war das eine Vorlage mit vielen Kompromissen unsererseits. Aber wir hätten Entscheidendes geschafft: Zum ersten Mal seit sehr vielen Jahren wären die AHV-Renten erhöht worden. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament war das ein historischer Erfolg – vor allem auch wegen der Art der Finanzierung. Diese wäre über die Lohnprozente erfolgt, was dafür gesorgt hätte, dass Menschen mit hohem Einkommen stärker zur Finanzierung beigetragen hätten als andere. Dass wir es nicht geschafft haben, diese Vorlage an der Urne durchzubringen, bedaure ich sehr, und ich bin pessimistisch, was die Zukunft der AHV angeht.

«Ich bin überhaupt nicht neidisch auf Sozialhilfebezüger. Die ganze Debatte weckt den Eindruck, es sei eine Strafe, arbeiten zu müssen.»